

Übersetzung

Gemeinsame Erklärung der NATO-Ukraine-Kommission auf Ebene der Staats- und Regierungschefs

Warschau, 9. Juli 2016

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs der NATO-Ukraine-Kommission, sind heute im polnischen Warschau zusammengekommen, um unsere Zusammenarbeit im Rahmen der Charta über eine Ausgeprägte Partnerschaft zu überprüfen und weiter zu stärken. Wir diskutierten die ukrainischen Reformpläne und die Fortschritte bei deren Umsetzung, billigten das Umfassende Hilfspaket für die Ukraine und tauschten uns zur Sicherheitslage in der Ukraine aus. Die Bündnispartner würdigten die Anstrengungen des Präsidenten der Ukraine, die zum Ziel haben, den Konflikt friedlich beizulegen. Gemeinsam unterstützen wir die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen sowie das unveräußerliche Recht der Ukraine, über ihre Zukunft und ihren außenpolitischen Kurs frei und ohne Einflussnahme von außen zu bestimmen, wie es in der Schlussakte von Helsinki dargelegt ist.

2. Trotz wiederholter Aufforderungen durch das Bündnis und die internationale Gemeinschaft, das Völkerrecht einzuhalten, hat Russland sein aggressives Vorgehen zur Untergrabung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der Sicherheit der Ukraine unter Verletzung des Völkerrechts fortgesetzt. Diese Entwicklungen haben ernste Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität des gesamten euro-atlantischen Raumes.

3. Im Einklang mit der Erklärung der Außenminister der NATO vom 1. April 2014 haben die Bündnispartner die Frage des russischen Vorgehens in der Ukraine und den anliegenden Gebieten immer wieder im Dialog mit Russland angesprochen.

4. Unter Verweis auf die Erklärung der NATO-Ukraine-Kommission vom 4. September 2014 auf dem Gipfeltreffen in Wales und der Erklärung der Außenminister vom 11. Mai 2015 in Antalya rufen wir Russland auf, seine illegale und illegitime selbsterklärte „Annexion“ der Krim, die wir weder anerkennen noch anerkennen werden, rückgängig zu machen. Wir sind insbesondere besorgt über die Schikanierung und Diskriminierung der Krimtataren und der Angehörigen anderer auf der Halbinsel Krim heimischer Gemeinschaften. Wir fordern erneut, dass die russischen De-facto-Behörden die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die sich verschlechternde Menschenrechtslage auf der Krim zu beenden und die Sicherheit, die Rechte und die Freiheiten aller

auf der Halbinsel lebenden Menschen zu gewährleisten. Internationalen Beobachtern muss gestattet werden, ihre wichtige Arbeit zum Schutz der Menschenrechte durchzuführen. Wir verurteilen die anhaltende und umfangreiche militärische Aufrüstung auf der Krim durch Russland und sind besorgt über die russischen Anstrengungen und die von Russland erklärten Pläne in Bezug auf eine Verstärkung seiner Militärpräsenz im Schwarzmeerraum, die weitere Auswirkungen auf die Stabilität in der Region haben können.

5. Russland schürt im Osten der Ukraine noch immer einen Zustand ständiger Instabilität, was zum Verlust von nahezu 10 000 Menschenleben im Donbass geführt und der Ukraine einen beträchtlichen Teil ihrer Wirtschaftsleistung genommen hat. Wir sind insbesondere besorgt über die Zunahme der Verletzungen der Waffenruhe entlang der Kontaktlinie, die hauptsächlich von den von Russland unterstützten militanten Kämpfern begangen werden. Damit wird kein Umfeld geschaffen, das einer friedlichen Lösung des Konflikts förderlich ist. Wir erinnern daran, dass nach dem Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk in bestimmten Gebieten der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk eine umgehende und umfassende Waffenruhe ab dem 15. Februar 2015 in Kraft zu treten hatte.

6. Wir unterstützen nachdrücklich die vollständige Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk und begrüßen die Arbeit des Normandie-Formats und der Trilateralen Kontaktgruppe, die eine Beilegung des Konflikts im Osten der Ukraine auf diplomatischem Wege und mittels Dialog verfolgen. Wir rufen alle Konfliktparteien eindringlich auf, ihre eingegangenen Verpflichtungen und insbesondere die Waffenruhe vollständig einzuhalten, damit in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk, im Einklang mit den Vereinbarungen von Minsk und so schnell es die Sicherheitslage erlaubt, Kommunalwahlen abgehalten werden können. Wir erwarten, dass Russland seine Zusagen einhält und seinen Einfluss auf die militanten Kämpfer geltend macht, um sicherzustellen, dass diese ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachkommen. Wir rufen Russland auf, seine politische, militärische und finanzielle Unterstützung der militanten Kämpfer zu beenden und seine Verpflichtungen aus dem Maßnahmenpaket von Minsk umzusetzen, und zwar unter anderem seine Streitkräfte und sein militärisches Gerät aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abziehen und der Ukraine zu ermöglichen, die vollständige Kontrolle über ihre Staatsgrenzen wiederherzustellen. Wir begrüßen die Freilassung von Nadija Sawtschenko und rufen die Konfliktparteien auf, die Freilassung und den Austausch aller Gefangener und unrechtmäßig festgehaltener Personen sicherzustellen.

7. Wir unterstützen uneingeschränkt die Sonderbeobachtermission der OSZE, die eine wichtige Rolle bei der Deeskalierung des Konflikts spielt, und betonen die Bedeutung von freiem und ungehindertem Zugang für die Beobachter der OSZE. Behinderungen der Arbeit der Sonderbeobachtermission, die weiter vornehmlich in Regionen unter der Kontrolle der von Russland

unterstützen militanten Kämpfer vorkommen, stellen eine Verletzung der Vereinbarungen von Minsk dar und beeinträchtigen die Sonderbeobachter erheblich bei ihren Aufgaben. Wir bleiben zuversichtlich, dass ein alle Seiten einschließender politischer Prozess mit dem Ziel, das Recht und die verfassungsmäßige Ordnung in bestimmten Gebieten der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk wiederherzustellen, möglich ist, sofern die Sicherheit wirksam und dauerhaft gewährleistet wird und lokale Vertreter auf Grundlage des ukrainischen Rechts und im Einklang mit den einschlägigen Standards der OSZE/des ODIHR gewählt werden, wie es in den Vereinbarungen von Minsk vorgesehen ist.

8. Die Menschen in der Ukraine haben ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass ihr Land fest unter den europäischen Demokratien verankert wird. Die Ukraine verpflichtet sich weiter zur Umsetzung weitreichender Reformen hin zu europäischen und euro-atlantischen Standards, die auf demokratischen Werten, der Achtung der Menschenrechte, der Minderheitenrechte und der Rechtsstaatlichkeit beruhen; dies wird für die Förderung von Wohlstand und langfristiger Stabilität einschließlich des Kampfes gegen die Korruption und der Förderung eines alle Seiten einschließenden politischen Prozesses von wesentlicher Bedeutung sein.

9. Wir würdigen und unterstützen die Fortschritte, die die Ukraine bei der Umsetzung umfassender Reformen trotz der schwierigen Umstände erzielt hat, und sehen weiteren Schritten zur Weiterentwicklung ihrer demokratischen Institutionen und der Umsetzung von Wirtschaftsreformen erwartungsvoll entgegen. Es hat Erfolge insbesondere bei der makroökonomischen Stabilisierung, bei der Reform der Polizei und des Verteidigungswesens und beim öffentlichen Auftragswesen gegeben. Wichtige Schritte sind auch in Bezug auf die Dezentralisierung, die Reform des Justizwesens, den Kampf gegen die Korruption und die Einhaltung der Bedingungen des Internationalen Währungsfonds eingeleitet worden. Auch nach diesen positiven Schritten bleiben Herausforderungen, und die Bündnispartner ermutigen die Ukraine nachdrücklich, diese und andere noch ausstehende Reformen schnell und umfassend umzusetzen und ihre Nachhaltigkeit sicherzustellen.

10. Das Engagement der NATO gegenüber der Ukraine war sowohl auf der politischen Ebene als auch bei der praktischen Arbeit noch nie so hoch wie seit 2014. Die NATO wird weiter einen engen politischen Dialog im Rahmen der NATO-Ukraine-Kommission führen und die Ukraine dabei unterstützen, ihre ehrgeizige Reformagenda unter anderem durch bestmögliche Nutzung des nationalen Jahresprogramms, des Planungs- und Überprüfungsprozesses und des Umfassenden Hilfspakets umzusetzen. Mit dem Umfassenden Hilfspaket soll die Hilfe konsolidiert und ausgeweitet werden, die die NATO der Ukraine leistet, damit diese widerstandsfähiger werden, besser für ihre eigene Sicherheit Sorge tragen und die erforderlichen Reformen einschließlich der Reform des

Sicherheits- und Verteidigungssektors durchführen kann. Wir begrüßen die Annahme des Bulletins zur strategischen Verteidigung, der als Fahrplan für die Reform des ukrainischen Verteidigungswesens dienen wird.

11. Wie im Umfassenden Hilfspaket dargelegt, werden wir weiter zusammenarbeiten, um strategische Reformen voranzutreiben und umzusetzen. Das Umfassende Paket enthält mehr als 40 Bereiche, in denen die NATO die ukrainische Regierung bei der Umsetzung ihrer Reformen unterstützen wird. Auf Grundlage der Standards und Grundsätze der NATO, zu denen die zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte und das Ziel der Interoperabilität mit der NATO gehören, werden die Bündnispartner ihre Unterstützung der Ukraine über die Vertretung der NATO in der Ukraine fortsetzen und der Ukraine bilateral mit Rat und Unterstützung insbesondere in Bezug auf ihre Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen zur Seite stehen.

12. Die Bündnispartner schätzen außerordentlich die beträchtlichen Beiträge der Ukraine zu den Operationen des Bündnisses und den NATO-Reaktionskräften und begrüßen den Beitrag, den die Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine für die Sicherheit und die Stabilität im euro-atlantischen Raum und darüber hinaus leistet. Auf Grundlage der in Wales getroffenen Beschlüsse werden wir die Schritte prüfen, die erforderlich sind, um dem Interesse der Ukraine an einer Partnerschaft mit vertieften Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der Initiative zur Interoperabilität mit Partnern nachzukommen.

13. Wie bereits bei früheren NATO-Gipfeltreffen unter anderem in Madrid, Bukarest, Lissabon, Chicago und Wales angemerkt, ist eine unabhängige, souveräne und stabile Ukraine, die sich fest der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet, für die euro-atlantische Sicherheit von zentraler Bedeutung. Wir bekräftigen unser festes Bekenntnis zur Weiterentwicklung der ausgeprägten Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine, die zum Aufbau eines stabilen, friedlichen und ungeteilten Europas beitragen wird.